

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/06/2011
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 09.11.2011
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Trinkerszene Bahnhofsvorplatz
Hier: Mündlicher Bericht
4. Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. Bericht aus dem Behindertenbeirat
6. Bericht aus dem Integrationsrat
7. Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen
8. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände 2010
Hier: Bericht des Blau-Kreuz-Vereins zum Thema Sucht
9. Abschlussbericht zur Einsparung von 158.000 € aus den Budgetverträgen mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege
Vorlage: 0693/2011
10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste.

Sie stellt fest, dass es bezüglich der Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt.

2. Mitteilungen

keine

3. Trinkerszene Bahnhofsvorplatz Hier: Mündlicher Bericht

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Stüwe weist darauf hin, dass Anlass für die heutige Beratung die Anfrage von Frau Helling im letzten Sozialausschuss gewesen sei.

Er berichtet über die Inhalte eines gemeinsamen Gesprächs zu dieser Problematik, zu dem der Fachbereich Jugend & Soziales Vertreter von Polizei, Ordnungsamt und Gesundheitsamt eingeladen habe.

Man sei sich darüber einig gewesen, dass die Situation hauptsächlich von den Bürgern als störend wahrgenommen werde.

Er bittet bei der folgenden Diskussion um die Formulierung klarer Zieldefinitionen. Erst dann könne man die Geeignetheit verschiedener Maßnahmen beurteilen.

Herr Sporkert vom Ordnungsamt und Herr Jansen von der Polizei legen dar, wie sie die Situation aus rechtlicher und ordnungsbehördlicher Sicht beurteilen.

Herr Söhnchen dankt Frau Helling für die Anregung und Herrn Sporkert und Herrn Jansen für ihren Vortrag. Er bittet, den vor einiger Zeit gegründeten Arbeitskreis zu aktivieren. Personen seien seinerzeit benannt worden.

Frau Helling weist darauf hin, dass diese Intention Anlass ihrer Anfrage im Sozialausschuss gewesen sei. Sie bittet zu prüfen, ob die Möglichkeit bestünde, den Personaleinsatz von Ordnungsamt und Polizei auf dem Platz zu verstär-

ken. Weiterhin bittet sie die Verwaltung, mit dem Parkplatzbetreiber Kontakt aufzunehmen, da der Zugang zum Parkhaus als Toilette missbraucht würde.

Herr Dr. Schmidt wiederholt den Appell von Herrn Stüwe, dem Arbeitskreis klare Zielvorgaben zu geben. Die große Problematik bestehe darin, dass sich auf dem Bahnhofsvorplatz sehr unterschiedliche Gruppen aufhielten.

Frau Buchholz schlägt vor, dem Arbeitskreis den Auftrag zu geben, den Ist-Zustand zu analysieren. Daraus könne er dann Ziele und Methoden entwickeln und dem Ausschuss vorstellen.

Herr Jansen beantwortet eine Frage von Frau Buchholz nach den Erfahrungen mit dem Platz an der Volme.

Auf die Frage von Herrn Reinhardt nach der Möglichkeit eines Alkoholverzehrverbotes in der Öffentlichkeit antwortet Herr Sporkert, dass ein solches Verbot juristisch nicht durchzusetzen sei.

Frau Sauerwein hält die sanitäre Frage für ein vordringliches Problem. Der Arbeitskreis solle doch mit dem Tiefgaragenbetreiber Kontakt aufnehmen, um dieses zu lösen.

Frau Helling berichtet, dass sie in den letzten Wochen oft auf die Problematik angesprochen worden sei. Sie formuliert als mögliches Ziel für den Arbeitskreis, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen. Ein wirksames Mittel sei sicherlich die ständige Präsenz von Vertretern von Polizei und/oder Ordnungsamt. Weiterhin müsse eine Lösung für die sanitäre Problematik gefunden werden.

Herr Meier ist der Meinung, dass es sich hier nicht um ein sozialpolitisches Problem handele, mit dem sich der Sozialausschuss befassen müsse. Das sei ein Thema für die Bezirksvertretungen. Was die Präsenz von Polizei und Ordnungsamt vor Ort angehe, gibt er Frau Helling recht, dass dadurch das subjektive Sicherheitsempfinden größer sei.

Herr Sporkert macht deutlich, dass es mit dem vorhandenen Personal nicht möglich sei, ständig vor Ort präsent zu sein.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass er die Mitglieder des Arbeitskreises und Vertreter der Bezirksvertretung Mitte zum Arbeitskreis einladen werde.

Frau Priester-Büdenbender schlägt vor, die Ergebnisse aus dem Arbeitskreis abzuwarten.

4. Bericht aus dem Seniorenbeirat

entfällt

5. Bericht aus dem Behindertenbeirat

entfällt

6. Bericht aus dem Integrationsrat

entfällt

7. Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen

Herr Groening berichtet über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (**siehe Anlage**).

8. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände 2010

Hier: Bericht des Blau-Kreuz-Vereins zum Thema Sucht

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Zalewski als Leiterin der Fachstelle Sucht beim Blaukreuz-Zentrums Hagen berichtet von ihrer Arbeit.

Sie macht deutlich, dass im Bereich der Prävention viel zu wenig getan würde.

Frau Buchholz erinnert daran, dass im Bereich Sucht- und Drogenberatung Zusammenlegungen verschiedener Einrichtungen unterschiedlicher Träger geplant seien. Wie sei da der Stand der Angelegenheit? Da wären dann Synergieeffekte für Präventionsarbeit denkbar.

Herr Dr. Schmidt greift die Fragestellung auf und verspricht, diese an die zuständigen Kollegen weiterzugeben.

Herr Meier erklärt, dass er sehr dankbar für den Vortrag sei. Darin sei deutlich geworden, dass es einen Systemfehler gebe. Die Hilfe und Beratung erfolge erst dann, wenn das Problem bereits bestehe. Man müsse weg von den klassischen Methoden hin zu frühen Hilfen. Das müsse natürlich im System neu organisiert werden.

Auf eine Frage von Frau Timm-Bergs, ob in diesem Bereich ausreichend Therapieplätze vorhanden seien, antwortet Frau Zalewski, dass Computer-Sucht noch keine anerkannte Krankheit sei. Das Problem könne höchstens durch niedergelassene Psychotherapeuten behandelt werden. In dem Bereich betrüge die Wartezeit ca. ein Jahr.

Frau Priester-Büdenbender bedankt sich bei Frau Zalewski für den Bericht.

**9. Abschlussbericht zur Einsparung von 158.000 € aus den Budgetverträgen mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege
Vorlage: 0693/2011**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Schmidt beantwortet eine Frage von Frau Sauerwein.

Herr Söhnchen fragt im Zusammenhang mit der auf Seite 4 der Vorlage aufgeführten AG 3 nach dem Stand der Dinge. Seien inzwischen neue Lokalitäten gefunden?

Herr Groening berichtet, dass es zwei Objekte gebe, die in Frage kämen. Er hoffe, dass man in den nächsten Wochen zu einer Entscheidung kommen könne.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Buchholz hat eine Anfrage im Zusammenhang mit den neuen Personalausweisen.

Die Kosten für die neuen Ausweise seien wesentlich höher als vorher. Früher habe der vorläufige Ausweis ausgereicht. Heute müsse man die Kosten für den Ausweis sofort entrichten. Dazu kämen die Kosten für Passfotos. Das könnten sich viele Menschen nicht leisten.

Früher seien die Kosten wohl vom Sozialamt übernommen worden. Ihres Wissens sei das jetzt nicht mehr der Fall. Wie werde in Hagen mit diesem Problem umgegangen?

Insbesondere gehe es um die SGB II und SGB XII-Fälle. Was sei in dem Fall, wenn jemand noch nicht im Leistungsbezug stehe? Sie bittet um einen Sachstandsbericht.

Hinweis: Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Dr. Schmidt informiert darüber, dass es ab 01. Januar 2012 möglich sei, auf Antrag sein Konto mit einer Pfändungsfreigrenze zu versehen. Diese läge seines Wissens bei ca. 1000 €. Ein entsprechender Hinweis an die Betroffenen ergehe mit den Bescheiden.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.10 Uhr

gez. Petra Priester-Büdenbender
Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin